

Frau Richstein (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon mehrfach über Finanzen bzw. über Finanzkrisen gesprochen. Ich möchte auch weiterhin über Finanzen sprechen, allerdings nicht über eine Krise, auch wenn absehbar ist, dass die Finanzlage im Land Brandenburg in den nächsten Jahren nicht besser werden wird. Wir wissen jetzt schon, dass die finanzpolitische Entwicklung in Brandenburg sich eher mit sinkenden Einnahmen aus den EU-Fördertöpfen und auch mit sinkenden Mitteln aus dem Solidarpakt darstellt. Es ist also vorhersehbar und auch planbar, und wir müssen jetzt die richtigen Instrumente in die Hand nehmen und auch die richtigen Weichen stellen.

Die Europäische Kommission predigt schon seit Jahren, die Finanzzuweisungen an die Mitgliedsstaaten würden in absehbarer Zeit geringer, und dementsprechend sparsam und effektiv müssten sie auch eingesetzt werden. Am Ende der jetzigen Förderperiode, die noch bis zum Jahre 2013 andauern wird, müssen auch unsere Wirtschaft, unsere Infrastruktur und unser Haushalt auf einer soliden Basis stehen; denn danach werden wir die Absenkung der Mittel der Europäischen Union deutlich zu spüren bekommen. Aus diesem Grund appelliert die Europäische Kommission völlig zu Recht an die Mitgliedsstaaten, die Förderprogramme nachhaltig zu gestalten und verstärkt alternative Finanzierungsformen zu nutzen.

Die angesprochene Absenkung gilt nicht nur für die EU-Mittel, sondern auch für die Mittel aus dem Solidarpakt. Es ist also höchste Zeit, sich über die anstehenden Probleme Gedanken zu machen. Grundsätzlich sind die operationellen Programme Brandenburgs auf die Nutzung und Entwicklung von nachhaltigen und konsistenten Bildungs-, Innovations- und Wirtschaftspotenzialen ausgerichtet. Das beinhaltet auch die Einrichtung alternativer Finanzierungsinstrumente. Damit stehen wir ganz klar im Einklang mit der Lissabon-Strategie der Europäischen Union.

Mit dem vorliegenden Antrag verfolgen die Regierungsfraktionen das Ziel, sich den finanzpolitischen Herausforderungen zu stellen. Wir wollen, dass die Landesregierung alle Zuschussförderprogramme unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit überprüft. Das Hauptaugenmerk des Antrags liegt dabei auf dem Einsatz revolvierender Instrumente, also auf denjenigen, mit denen durch einen Mittelrückfluss ein mehrfacher Mitteleinsatz ermöglicht werden kann. Die revolvierende Konstruktion solcher Fonds könnte es ermöglichen, dass ausgereichte Mittel in den Fonds zurückfließen, wenn die Investition erfolgreich war und auch gegriffen hat. Dadurch werden die Fonds dauerhaft gespeist, und die Förderung kann unabhängig von der aktuellen Haushaltslage aufrechterhalten werden. Wir würden dadurch auch die Anzahl der Empfänger um ein Vielfaches erhöhen können. Es würde mehreren zugute kommen.

Eines muss dabei aber auch ganz klar sein: Ein Perpetuum mobile der Fördermittel wird es nicht geben. Vollständige Rückflüsse wären zwar wünschenswert, sind aber nicht realistisch. Jedoch kann durch einen teilweisen Rückfluss der Mittelverbrauch in den Fonds verlangsamt und damit die Förderperiode für investive Zwecke über einen längeren Zeitraum gestreckt werden. Die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt machen uns vor, wie es gehen kann.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch kurz auf die Wirtschaft in Brandenburg zu sprechen kommen. Ich glaube - das wird mein Kollege Karney auch bestätigen können -, dass sich die Unternehmer im Lande bewusst sind, wie die Situation der Fördermittel in Zukunft aussehen wird. Sie müssen schon heute tagtäglich mit Herausforderungen des Marktes umgehen und sich dabei auch mit Alternativen zu den herkömmlichen Formen der Finanzierung von Investitionen auseinandersetzen. Gerade angesichts der aktuellen Finanzlage wird es für die Unternehmer noch schwieriger werden. Gerade deshalb sind sie schon heute aufgeschlossen für alternative Förderinstrumente; denn mit der bereits erfolgten Umstellung der gesamten Förderpolitik des Landes haben wir hier schon einiges auf den Weg gebracht. Wir haben auch gesehen, dass die Unternehmer sich darauf einstellen konnten, aber wir müssen in dem Bereich der Förderfonds der Europäischen Union noch mehr auf den Weg bringen.

Wir haben schon einiges getan. So bedient sich Brandenburg wie auch einige andere Bundesländer eines Fonds zur Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wir haben den Risikokapitalfonds des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Außerdem ist im operationellen Programm ein Nachrangdarlehen für Gemeinschaftsaufgaben vorgesehen.

Da einige Bundesländer eben diese Umstellung als ein erklärtes Ziel innerhalb der Förderperiode ausgegeben haben, sollte das Land Brandenburg alle Gelegenheiten nutzen, um mit den entsprechenden Ländern auf Verwaltungsebene ins Gespräch zu kommen. Nicht nur auf Verwaltungsebene, sondern auch auf parlamentarischer Ebene sollte dieser Gesprächsaustausch stattfinden. So ist ein Zusammentreffen von Experten in den jeweiligen Fachausschüssen ein gutes Mosaiksteinchen in diesem Prozess und würde ihn im positiven Sinne beeinflussen.

Bei dieser ganzen Diskussion ist jedoch klar, dass immer die Aspekte des Standortwettbewerbs berücksichtigt werden müssen und dass sich ein revolvierendes Instrument nicht in allen Bereichen sinnvoll umsetzen lässt. Ich plädiere daher für eine umsichtige Erprobung und die Nutzung der eben angesprochenen Erfahrungen, die andere neue Bundesländer gesammelt haben. Der gesamte Prozess könnte unter dem Motto, das einst schon Bismarck verfolgt hat, stehen:

„Natürlich lernt man am liebsten aus den Fehlern anderer, aber man muss natürlich auch eigene Erfahrungen sammeln, nach Möglichkeit keine schmerzhaften.“

Wir wollen mit diesem Antrag nach neuen Lösungen suchen, Fördermittel mehrmals zu verwenden, um eine langfristige Förderung in Brandenburg zu sichern und damit den Wirtschaftsstandort Brandenburg langfristig zu stabilisieren. Wir wollen das, was wir an Erfahrungen gewonnen haben, einsetzen und uns damit den Herausforderungen stellen, die die zukünftige Abschmelzung der Fördermittel vom Bund und der Europäischen Union mit sich bringen wird. Wir wollen den Fördermitteleinsatz zeitlich möglichst lange strecken und verstetigen. Im Sinne der nachhaltigen Nutzung der Fördermittel der Europäischen Union und einer dauerhaften Stärkung unserer einheimischen Wirtschaft bitte ich Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)